

1990/J XX.GP

der Abgeordneten Mag. Firlinger und Kollegen  
an den Bundesminister für Finanzen, betreffend  
Geplante Schließung der Waldviertler Finanzämter

Nach jüngsten Medienberichten sind die Waldviertler Finanzämter durch die Aktion "FIT 2001" von einschneidenden Maßnahmen betroffen. In den Finanzämtern Horn, Zwettl, Waidhofen und Gmünd ist nicht nur eine massive Personalreduktion geplant, sondern darüberhinaus wird auch die gänzliche Schließung der Finanzämter Waidhofen, Zwettl und Horn erwogen.

Daß dies nicht nur bei den betroffenen Finanzämtern, sondern auch bei den Bürgern, die mit den Zentralisierungsplänen der Regierung nur Nachteile zu erwarten hätten, auf wenig Gegenliebe stößt, liegt auf der Hand.

Darüberhinaus ist jedoch zu befürchten, daß bei den geplanten Finanzamtschließungen weniger wirtschaftliche als parteipolitische Kriterien im Vordergrund stehen. Anstelle der Bewertung eines Finanzamtes nach der Höhe des Steueraufkommens ist ein Ansatz, der das Steueraufkommen in Relation zu den Beschäftigten setzt, vorzuziehen.

Besonders deutlich zeigt sich dies am Beispiel des Finanzamtes Horn, dessen Agenden an das Finanzamt Hollabrunn übertragen werden sollen. Und das, obwohl wie die unten angeführten Zahlen zeigen, das Finanzamt Horn das Effizienteste unter den vier genannten ist.

Tabelle konnte nicht gescannt werden!!

Aus oben angeführten Gründen richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Finanzen folgende

Anfrage

- 1) Können Sie nun konkrete Ergebnisse ihrer "Task-Force" nennen? Wenn ja,
  - Wie hoch wird der Personalabbau an den NÖ. Finanzämtern tatsächlich sein?
  - Welche Finanzämter sind von einer Schließung betroffen, bzw. welche Finanzämter werden die Agenden der geschlossenen Ämter übernehmen?
- 2) Sind Ihrer Ansicht nach Kriterien, die in erster Linie auf die Höhe des Gesamtsteueraufkommens abzielen und als einzigen Ausweg die Schließung von Finanzämtern vorsehen, der geeignete Weg, um strukturpolitische Maßnahmen im Bereich der Finanzverwaltung zu verwirklichen?
- 3) Halten Sie es nach Ankündigungen, die ihrem Inhalt nach "mehr Bürgernähe" und "Bürgerservice" versprochen haben, für die betroffenen Anwohner zumutbar, daß diese künftig eine Anreise von 50 km oder mehr auf sich nehmen müssen, um ihr nächstgelegenes Finanzamt zu erreichen, bzw. sich vielleicht überhaupt einen Tag beurlauben lassen müssen, um ihre Angelegenheiten regeln zu können?
- 4) Kann nach den Personal rationalisierungen in den Finanzämtern die persönliche Betreuung, insbesondere auch für kleinere Firmen weiterhin in vollem Umfang gewährleistet werden?
- 5) Wie stehen Sie zu dem Vorschlag, für Betriebsprüfungen von Firmen mit mehr als 10 Mio. öS Umsatz an Stelle von "fliegenden" Kommissionen eine ständig vor Ort tätige Prüfungsgruppe (Standort an einem der bestehenden Bezirksfinanzämter) einzurichten?
- 6) Werden von der Task-Force auch strukturpolitische Auswirkungen für die betroffenen Städte, die mit der Schließung der Finanzämter verbunden sind, berücksichtigt?